

Name: Dr. Monika Urban
Datum: 29.04.2021

Positionierung zur Umstrukturierung des Geburtshilfe-Angebots der GeNo

Die Geburtshilfe in Bremen arbeitet derzeit personell und räumlich am Rande der Belastungsgrenze und es bedarf einer grundlegenden Verbesserung der Geburtshilfe.

Durch die neue Geschäftsführerin der GeNo, Frau Dreizehnter, ist ein Prozess der Umstrukturierung der Einrichtungen der GeNo begonnen worden, um im Auftrag der Senatorin für Gesundheit die Insolvenz der GeNo abzuwenden (s. Strategiepapier der Geschäftsführung). Hierfür hat u.a. Ende 2020 ein Prüfverfahren stattgefunden, ob eine Konzentration von Geburtshilfe, Gynäkologie und Neonatologie am Standort Bremen-Mitte betriebswirtschaftlich, personell und räumlich machbar ist. Das Resultat ist die angestrebte Gründung eines Eltern-Kind-Zentrums im KBM (ELKi). Diese Pläne sind jüngst in der Gesundheits-Depu vorgestellt worden und werden am 21. April im Sanierungsausschuss und am 30. April im GeNo-Aufsichtsrat diskutiert.

Geplant ist eine zentrale Einrichtung der GeNo mit ca. 3000 Geburten/Jahr und sechs Kreißsälen. Hierfür sollen die bereits bestehenden fünf Kreißsäle im LdW, sowie das gesamte Team, in das KBM verlegt werden. Für das KBM war ursprünglich nur die Eröffnung eines High-Risk-Bereichs geplant (nach der 2012 erfolgten Schließung), für den allerdings nicht ausreichend Hebammen gewonnen werden konnten (von 12 Stellen konnten – trotz guter Angebote – lediglich zwei besetzt werden). Somit hätte dieser Bereich im Sommer 2021 nicht eröffnet werden können.

Seit Jahren bemühen sich betroffene Berufsgruppen um die Sicherung einer qualitativ hochwertigen Geburtshilfe. Am Sonntag 19.4.2021 ist eine gemeinsame Stellungnahme des Hebammenlandesverbands, des Berufsverbands der Frauenärzte e.V. und des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte e.V. an die Senatorische Behörde, die gesundheitspolitischen Sprecher:innen und die Presse gegangen, in der Standards formuliert werden, deren Erfüllung als Grundlage einer Akzeptanz für eine Umstrukturierung der GeNo beschrieben werden. Dieser offene Brief weist darauf hin, dass es Widerstände im Team des LdW gegen die aktuellen Pläne gibt. Sie weisen darauf hin, dass eine weitere Verknappung der Ressourcen zur Reduktion der Qualitätsstandards und der Kapazitäten führen und damit die Verpflichtung zur Umsetzung des Gesundheitsziels „Gesundheit rund um die Geburt“ aus dem Koalitionsvertrag von 2019 nicht eingelöst wird.

Bewertung:

Es besteht dringender Handlungsbedarf, um die Geburtshilfe in Bremen zu verbessern. Zwei Faktoren rahmen aus frauenpolitischer Sicht maßgeblich die derzeitigen Probleme: Die Geburtshilfe ist nur bedingt Frauen-zentriert gestaltet und Bedingungen guter Arbeit für Hebammen sind nur eingeschränkt vorhanden.

Die ZGF befürwortet die Einrichtung eines Eltern-Kind-Zentrums im KBM, wenn es im Sinne einer *Verbesserung der Geburtshilfe* im Sinne der *Frauen-zentrierten Geburtshilfe* und der *Bedingungen guter Arbeit für Hebammen* gestaltet wird. Damit eine Verbesserung unter frauenpolitischen Gesichtspunkten gelingt, ist das ELKi in Hinblick auf 1. die Frauengesundheit und 2. die Bedingungen guter Arbeit im klassischen Frauenberuf Hebamme zu gestalten:

1. Eine *Frauen-zentrierte Geburtshilfe* ist zu etablieren.

- In die Planung der Räumlichkeiten ist die Sicht der Betroffenen einzubeziehen, wie dies bei der Gestaltung der Geburtshilfe in Bremen Nord geschehen ist. Die Einbindung von Frauen/Laiinnen in den Gestaltungsprozess hat nachweislich zu mehr Wohlbefinden und Zufriedenheit während der Geburt geführt.
- Für die Verbesserung der Frauengesundheit wäre es notwendig, dass das Eltern-Kind-Zentrum auch mit einem Latenzbereich / Vorwehenzimmer ausgestattet wird. Oftmals ist die Versorgung in der Latenzphase / Vorwehen-Phase unbefriedigend. Durch Vorwehenzimmer lassen sich nachweislich frühe und unnötige Interventionen (in dieser Phase setzen die meisten Interventionen an) reduzieren. Dieser Bereich ist familienfreundlich zu gestalten.

2. Die Bedingungen guter Arbeit sind für Hebammen zu verbessern.

- Eine Ausstattung des Eltern-Kind-Zentrums mit *acht* Kreißsälen, wie dies im Senatsbeschluss 2017 als Bedarf festgehalten wurde, wäre zu realisieren.
- Eine ausreichende personelle Ausstattung ist vorzusehen. Es wird seitens der Berufsverbände derzeit mit 3000-3500 Geburten pro Jahr gerechnet. Wenn die Geburtenzahl 3500 pro Jahr beträgt, dann bräuchte die Klinik, um eine Eins-zu-Eins-Betreuung unter der Geburt zu gewährleisten (s. S3 Leitlinie), 58 Hebammen in Vollzeit. Bei 3000 Geburten pro Jahr sind es 50 Hebammen in Vollzeit. Als Größenordnung dient der Schnitt von 60 Geburten pro Vollzeit-Hebamme. Zurzeit liegt der Schnitt bei 80-150 Geburten pro Vollzeitskraft, je nach Klinik.
- Solche Bedingungen guter Arbeit für Hebammen, in Verbindung mit den neu entstehenden Schnittstellen der verschiedenen Bereiche der Geburtshilfe, könnten einen guten Ausbildungsstandort hervorbringen, den es bedarf, um längerfristig den Fachkräftemangel zu beseitigen.
- Hebammen sind nur für originär in ihr Tätigkeitsfeld fallende Aufgaben einzusetzen und bspw. Putzen sowie Auffüllen von Materialien sind u.a. von medizinischen Fachangestellten zu übernehmen, wie dies bereits im LdW geschieht.
- Neben der Einrichtung von Hebammen-geführten Kreißsälen, für die es bereits eine Beschlussvorlage des Senats gibt, wäre eine Neu-Konzeptionalisierung des Low-Risk-Bereichs zu überdenken, durch die Hebammen generell eine gestärkte Position erhalten.

Frauenpolitische Forderungen:

- Eine breit gedachte *Frauen-zentrierte Geburtshilfe* kann von einer Konzentration der Geburtshilfe im KBM profitieren, wenn diese konzeptionell in diesem Sinne realisiert wird (u.a. Einführung eines Latenzbereichs, Frauen-zentrierte Raumgestaltung).
- Für die *Bedingungen guter Arbeit im Hebammenberuf* – und damit auch als Maßnahme gegen den Fachkräftemangel – sind konzeptionelle, räumliche und personelle Aspekte umzusetzen: Es müssen Arbeitsbedingungen geschaffen

werden, die den Berufsstand der Hebammen stärken: u.a. durch Hebammen-geleitete Kreißsäle und Umsetzung der S3 Leitlinie bei der Personalausstattung.

Dr. Monika Urban

Fachreferentin für Gesundheit und Wissenschaft der ZGF